

Bezugs-Preise:
 Inland: vierteljährlich durch die Post 3,-, durch Kreisbank 3,50, Anz. B. monatlich 1,25, Deutsches Reich monatlich 2,- Schilling.
 Ausland: Viertel, 1 Dollar.
Anzeigen-Preise:
 Für die 10gepalt. Millimeter Zeile 15 Goldpf., d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzverknappung entsprechend. Aufschlag Rabatt nach Tarif.

Reichswart

WIZ

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend
 Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.
 Fernsprecher: Litze 8082
 Postfach-Ronto: Berlin 28 714
 Landverbindung: Volkswirtschaftsbank, Berlin 28 57, Sillompt. 101
 Unverlangt Manuskript ist Rückporto beizufügen

Graf E. Reventlow

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 30 + Berlin, den 24. Heumonds (Juli) 1926 7. Jahrgang

Inhalt: Bloody Dog! — Das neue Deutschland (Fortsetzung). — Persönliches. — Bolschewismus und das Mysterium des Leids. (Schluß). — Gedanken über die deutsche Arbeiterfrage. — Aus der Bewegung. — Büchereingang.

Bloody Dog!

Vor einigen Wochen ging die folgende Geschichte durch die Presse Deutschlands und der anderen Staaten: Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, jetzt Demokrat, Reichstagsabgeordneter, Mitglied der Völkerbundsliga, der Friedensliga, deutscher Delegierter in Genf für die Abrüstungsfragen, hält unter Pazifisten in London einen Vortrag. Da ruft ein Zuhörer: Denke an die Lusitania, du — Was er gesagt hat, scheint nicht ganz festzusetzen, die erste Lesart war: Du Schwein!, wahrscheinlich hat der Zwischenrufer die beliebte englische Wendung gebraucht: bloody dog! Dieses Wort, dem Sinne nach schwer übersehbar, dem Wortlaut nach, blutiger Hund! — ist für den Engländer ungefähr das stärkste Kaliber der Beschimpfung. Berichtet wurde dann, der Zwischenrufer wäre aus dem Saal und dem Grafen Bernstorff ein Hoch gebracht worden, der dann seine Ausführungen fortsetzte. Es kommt uns in diesen Ausführungen weniger auf eine Kritik des Grafen Bernstorff an. Zu seiner politischen Persönlichkeit ist schon längst nichts Neues mehr zu bemerken. Auf alle Fälle hätte er nach dem Zwischenruf den Saal verlassen müssen und nachher öffentlich daran erinnern müssen, daß die Versenkung der Lusitania ein durchaus erlaubtes, legitimes Mittel der Kriegführung war. Man scheint das in Deutschland ziemlich allgemein vergessen zu haben. So unglaublich es klingt, man hat sich heute vielfach in die Ansicht hineingelassen, die Lusitania sei ein amerikanisches, neutrales Schiff gewesen, während sie ein englisches Schiff war und deshalb ohne weiteres den proklamierten Bestimmungen des U-Bootkrieges unterlag, obendrein unter der Maske des Passagierdampfers große Munitionsmengen für die Ententemächte in ihren Räumen führte. Nach der Versenkung haben ungefähr zwei Duzend deutsche Rechtsgelehrte in ausführlichen Gutachten erklärt und begründet, daß die Versenkung der Lusitania durch das deutsche U-Boot vollkommen zu Recht erfolgt ist. Es ist eine recht interessante Frage, ob diese Rechtsgelehrten sich heute unter der Weimarer Republik noch zu ihrer damaligen Auffassung bekennen würden!

Es kommt uns jedoch nicht auf den Lusitaniafall an. Wir betrachten ihn nur als ein Beispiel, als eine Stichprobe für die britische Stimmung Deutschlands und den Deutschen gegenüber.

Die deutschen Regierungen der letzten drei bis vier Jahre betrachteten und betrachteten Großbritannien als eine Macht, die im Grunde vom aufrichtigen und warmen Mundweil beiseit sei, Deutschland vom Versailler Vertrag einmüßig frei und zu einem politischen und wirtschaftlichen Großmachtfaktor werden zu lassen. Man flüchtet dazu Begründungsmaß, natürlich müße England Rücksticht auf Frankreich nehmen; aber, nur Geduld, nur Geduld! In Großbritannien hat man diese naive Auffassung natürlich eifrig begrüßt. Man konnte das kindliche, um nicht zu sagen kindische deutsche Vertrauen nicht nur billig, sondern ganz umsonst haben. Man gab den Deutschen nichts, sondern betrachtete sie, — und betrachtete sie heute — als Gegenstand der Ausnutzung, und bei englisch-französischen Meinungsdivergenzen, als Ausgleichsobjekt zwischen den beiden Ententeländern. Aus dem deutschen Rücken werden nach wie vor die Riemen für die Freundschaftshände der beiden Mächte geschneitten, und Mittel ist nicht nur dankbar erkreuzt, sondern er bildet sich immer fester ein, an Großbritannien einen wahren Freund zu haben. Die politische und moralische Schuld an dieser schlimmen Volksverblendung tragen die deutschen Regierungen, ihre Parteien und besonders die großen jüdischen Zeitungen. Sie und ihre Vertreter in England wissen genau, wie es in Wirklichkeit steht. Es ist ihnen bekannt, daß die Deutschen in England nicht weniger, sondern in noch höherem Grade verhaßt sind als vor dem Kriege. Die Wut über die deutsche Konkurrenz ist ebenso vorhanden wie damals, einzig mit dem Unterschiede, daß Deutschland heute keine Macht mehr ist. Ein mir befreundeter Skandinavier, der in Geschäften viel in England ist, teilt mir mit, daß der englische Haß gegen alles Deutsche stärker sei denn je zuvor. Ohne Zweifel ließe der Engländer dieses Gefühl den deutschen Behörden und Vertretern gegenüber nicht so offen sehen, — das wäre unpraktisch, — aber neutralen Ausländern gegenüber gäbe es hierin keine Zurückhaltung. Man muß sagen, daß die britische Wirtschaftspolitik solche Wahrnehmungen lediglich bestärkt. Der Freundschaftsbecher Mr. Chamberlains nach Locarno hat nichts daran geändert, daß England mit allen Kräften und mit ausgereichtem Raffinement danach trachtet, die deutsche Ausfuhr nir-

gends in Großbritannien und britischen Einflußgebieten Fuß fassen zu lassen. Man fragt sich, was die Parole der letzten deutschen Regierungen: in erster Linie stehe die Hebung der Ausfuhr, überhaupt für einen sachlichen Hintergrund habe. Wie gesagt, kann keine deutsche Regierung, kann kein deutscher Minister, der ja über alle Informationsmöglichkeiten verfügt, im Zweifel darüber sein, daß Großbritannien einschließlich seiner Kolonien und Dominions nicht entfernt daran denkt, Deutschlands Ausfuhr wieder hochkommen zu lassen. Man müßte es aber auch ohne besondere Informationen wissen. Der Krieg und seine Ursachen müßten hier authentische und autoritative Informanten gewesen sein. Es paßt sicherlich nicht in die politische Gesichtsfabel: die deutsche Kriegsschiffahrt sei die Ursache des Krieges gewesen — aber die geschichtliche Wahrheit bleibt, daß der deutsche Handel, die deutsche Ausfuhr besonders, den englischen Konkurrenzhaß zu dem bekanntesten Worte einer englischen Zeitschrift formuliert haben: „Germaniam esse delendam“; damals, 1898, gab es noch keine beachtliche deutsche Kriegsschiffahrt. Bismarck ließ auf eine Anfrage wenige Monate vor seinem Tode einem englischen Frager sagen: die schlechte Beschaffenheit der deutsch-englischen Beziehungen ließe sich leider nicht ändern, da es nicht angängig sei, der deutschen Industrie einen Zaum anzulegen. England hat uns diesen Zaum nunmehr angelegt. Das gesamte englische Volk, ja das gesamte Angelsächsentum mit seinen Anhängseln hat die einzige Sorge für die Zukunft, daß dieser Zaum abgenommen oder auch nur gelockert werden könnte, außerdem nur die fable Geringschätzung, die der Engländer gegen jeden Fremden ohne weiteres besitzt. Diese Geringschätzung wird zum ebenso kalten Haß, wenn der „bloody foreigner“ Handelskonkurrent ist oder wieder werden könnte. Dem Deutschen gegenüber kommt hinzu der Krieg und die englische Kriegspropaganda, die man weiter wirken und arbeiten läßt, sobald sie als Stimmungsmasse gegen die deutsche Konkurrenz dienlich erscheinen. Ein Beispiel für diese Propaganda: eine Zeitschrift, „Das Strand-Country Life“, welches hauptsächlich von den obersten Gesellschaftskreisen gelesen wird, enthielt vor kurzem die folgende Geschichte: Ein Mann fuhr nach Monte Carlo, um dort die Bank zu plündern. Er nahm dazu eine Stinkbombe mit und eine Gasmask. Er ging in den Saal, warf die Bombe, legte die Maske an. Alles stürzte hinaus einschließlich der Croupiers. Nur zwei ältere Damen blieben sitzen und der Mann hörte, wie eine der anderen auf deutsch sagte: sie begriffe gar nicht, weshalb auf einmal die Menschen aus dem Saal herausliefen, die Luft sei ja zwar nicht sehr frisch im Saal, aber das könne doch keinen Grund bilden, hinauszuweichen! — Diese Pointe der ganzen Geschichte, scheinbar abstruslos eingeschaltet, diente, um die Deutschen lächerlich und verächtlich zu machen. Während des Krieges liefen ähnliche Geschichten in größerer Form in allen Feindesstaaten um. Der Verfasser dieser Erzählung aber trägt, und auch das ist interessant, den urbritischen Namen Owenheim. Derselbe englische Verfaß hat auch eine Zeitschrift für Verkehrsweesen und Wehnlisches und erklärte einem neutralen Ausländer, der die Stimmung zielbewußt erforschen wollte: der Verlaß würde niemals eine deutsche Anzeige oder Wehnlisches aufnehmen.

Das alles sind keine Symptome von großer Bedeutung, ebenso wie die mit der angeborenen Unbekümmertheit in den englischen Städten bekundete verächtliche Abneigung der Bevölkerung gegen die deutsche Sprache und gegen jeden, der sich ihrer bedient.

Diese Dinge kennt im allgemeinen der Deutsche nicht, und wenn man sie ihm sagt, so glaubt er sie nicht und, was das Schlimmste ist: die Regierung und alles, was dazu gehört, also außenpolitisch auch die Sozialdemokratie, tut alles Denkbare, um die Täuschung des Volkes aufrecht zu erhalten. Der im „Reichswart“ vertretene Standpunkt erweist bei jedem Anlaß wieder seine Richtigkeit: England, das Volk wie die Regierung denken nicht im entferntesten daran, einen wirklichen Aufstieg Deutschlands zu fördern. Sie würden ihn auch nicht dulden, solange irgend die Macht und sonstige Möglichkeit zum Verhindern besteht. Engländer ist immer gewesen, einen machtlosen Konkurrenten verhungern zu lassen oder anders umzubringen, unter der fortgeschrittenen höflichen und freundlichen Berücksichtigung, das geschähe nur zu seinem Besten, und unter Wibelprüchen.

Der Krieg und die Vorkriegszeit, dazu die gesamte englische Geschichte und schließlich auch die Nachkriegsgeschichte der britisch-deutschen Politik zeigt ohne Ausnahme diese alte Lehre von der Beschaffenheit und der Un-

veränderlichkeit der britischen Politik und der englischen Eigenschaften. Daß der Engländer, daß britische Regierungen und Staatsmänner freundlich und „herzlich“ sind, sobald es einen Vorteil für Großbritannien gilt, ist selbstverständlich. Darüber wäre gar kein Wort zu verlieren, wenn die deutsche Einfalt nicht alles Vorstellbare überstiege. Sie hängt zum Teil zusammen mit dem Mangel an Form und Unverständnis für die Formen der andern. Man denke an die ekelerregend begeisterten Schilderungen der deutschjüdischen Berichterstattung über die Locarnotage. Es war der geschmeichelte kleine Mann, der nicht vertragen kann, auf gleichem Fuße von andern behandelt zu werden und darüber allen Maßstab verliert, ebenfalls den Takt, den er freilich vorher auch nicht gehabt hat. Es handelt sich gar nicht um eine sogenannte moralische Mißbilligung, die wieder kindlich wäre, sondern um den Mangel an richtiger Beurteilung des Wesens und der Methoden anderer Staaten und Völker, wie in diesem Falle der Briten. Hier handelt es sich um ganz sachlich kühle Beobachtung und ebenso solche Schlüsse, die aus ihr zu ziehen sind. Die größten Fehler und Unkosten für das deutsche Volk und Land haben sich in dieser Hinsicht die Kabinette geleistet, die mit dem Namen des Herrn Dr. Stresemann verbunden waren, nicht minder Frankreich als Großbritannien gegenüber.

Eben vor Schluß des Blattes kommt die Nachricht aus London, daß im Unterhause Chamberlain auf eine Anfrage, ob der Stand der Entwaffnung in Deutschland zufriedenstellend sei, entgegnete: „I should be a ure, I agree to it“.

Wo sind die Tage des „Freundschaftsbechers“ geblieben und der freundschaftlichen, herzlichen, zärtlichen Anerkennung Deutschlands und seiner Regierung. „Die Sehnsucht allein ist geblieben, die schöne Zeit ist vorbei!“ Und unter Zustimmung der tonangebenden Londoner Blätter wird eine pazifistische Fierde der Weimarer Republik, ein akkreditierter intimster Vertrauensmann des Kanzlers und des Außenministers, der Demokratie und der Sozialdemokratie auf englischen Boden in einer Pazifistenversammlung „Bloody Dog“ genannt. Chamberlains Antwort bedeutet im Grunde dasselbe. Wir werden aber gewiß noch Schöneres erleben dürfen!

Das neue Deutschland.

Von
 Kunz Buntschuh.
 (Fortsetzung).

Vor 500 Jahren warf der Mammonsteufel unser Volk in die Geldverklawung. Mit der Zinsnechtigkeit kam die Ausländerei und damit der völkische Niedergang. Die deutschen Fürsten sahen dem zu, ahnungslos fördernden sie das alles. Sie haben dafür 1918 die Quittung erhalten. Nun entscheidet es sich, ob im Endkampf, denn in diesem befinden wir uns, deutsche Art oder die Zinsverklawung an das Ausland Sieger wird.

Zinsnechtigkeit, Steuerwucher und Futterkrippe unter Parlamentsherrschaft, oder Zinsfreiheit, in der vor Ausbeutung gesicherten Volksgemeinschaft.

Zwischen diesen beiden, das erste ausländisch, das zweite urdeutsch, gilt es jetzt zu wählen. Da sollte die Wahl nicht schwer fallen, zumal wir seit dem 9. November 1918 einen Anschauungsunterricht hatten, der uns teuer genug zu stehen kam, der uns die Augen öffnete über das, was das Fremde den Deutschen taugt.

Das erste Gebot in einer neuen deutschen Wirtschaftsordnung wäre: Einigkeit in der Wirtschaft, weg mit dem Teufelskampf aller gegen alle. — Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels, nicht nur des Geldhandels, und Vereinigung der ganzen deutschen Erzeugung unter Selbstverwaltung der berufsständigen Volksgemeinschaft.

Das zweite Gebot: Befreiung der deutschen Arbeit aus der Verklawung an das Kapital und Gemeinschaftswirtschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Drittes Gebot: Eigentum bleibt unangetastet, jedoch gibt dies kein Recht auf Ausbeutung Besitzloser.

Im Streben nach deutschem Wirtschaftsfrieden stellen wir so den alten deutschen Gemeinschaftsgedanken voran. Die Klassenwirtschaft ist der Todfeind des Wirtschaftsfriedens, daher muß sie mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Das geschieht durch die Befreiung des deutschen Arbeiters aus der Hörigkeit an Besitz und Einführung einer Wirtschaftsordnung, die dem Besitzenden wohl das Eigentum am Besitz, aber nicht an dem auf oder mit dem Besitz Erzeugten läßt, sondern alle Produktion in Gemeinschaftseigentum überleitet. Man spricht soviel von Geldverklawung, aber Besitzverklawung ist gar nichts anderes, daher braucht man sich nicht zu wundern, wenn der heute

Die Presse beherrschende Geldbesitz, mit soviel Erfolg, es versteht, die Besitzlosen auf die Sachbesitzer als die Schuldigen an ihrer Not zu hehen. In den Augen dieser Entertän gibt es keinen Unterschied, im Gegenteil, ihre Hauptgedanken sind vornehmlich auf die Befreiung der Arbeitsstätten gerichtet. Und da die Besitzer der Arbeitsstätten zum weitaus größten Teile ihren Besitz ehrlicher Arbeit verdanken, so kann natürlich nicht davon die Rede sein, ihnen dies ehrlich erworbene Eigentum streitig zu machen. Dieser Zwiespalt zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber kann nur durch die sittlich reinere, höhere Wirtschaftsidee der Vorantstellung der lebendigen Arbeit vor den toten Besitz beseitigt werden. Damit muß aber die Arbeit auch Ehrenpflicht der Deutschen werden. Arbeitsdienstpflcht anstelle der Wehrdienstpflcht zur Einigung und Befreiung des deutschen Volkes! Befreiung des Scharnhorsts Soldaten-Wehrpflicht Preußen-Deutschland von Napoleon, so muß uns jetzt die Arbeitsdienstpflcht von Morgan befreien. Diesen Vorschlag mögen Berufene sich zu eigen machen, wir wollen uns hier mit der Auswirkung der neuen deutschen Arbeitsmacht beschäftigen, um festzustellen, ob sie uns den Wirtschaftsfrieden und zugleich die Unabhängigkeit vom Auslande bringen kann. Durch Ueberlastung mit unproduktiven Ausgaben sind wir dahin gekommen, daß unsere deutsche Volkswirtschaft teilweise stillgelegt werden mußte. Der Widerspruch in sich, daß wir trotz Mangels nicht arbeiten, beweist die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Deutschen sind gefesselt, sie möchten schaffen und sie können nicht, weil ihnen das Tauschmaß Geld, ohne das jetzt nicht gearbeitet werden kann, fortgenommen ist. Mit diesem Wahnsinn wird die freie Gemeinwirtschaft natürlich sofort aufträumen. Von arbeiten können ist dann keine Rede mehr, alle müssen arbeiten. Man könnte dieses Maß mit 24 Stunden befristen, um den Fremden, Arbeitsunbewohnten, Reisezeit zu lassen. Danach gibt es keinen Urlaub mehr, es geht um die Freiheit des Vaterlandes. Ein Befreiungskampf, für den uns übermäßig folgende Machtmittel zur Verfügung stehen.

Deutschland hat 30 Millionen Arbeitsfähige. Gemessen an der Kaiserzeit können diese pro Kopf und Jahr für 1500 M. Werte schaffen, das entspräche einem Ertrage von 45 Milliarden. Die Kosten der Einfuhr von unentbehrlichen Rohprodukten würden ausgeglichen durch Mehrarbeit der jetzigen Nutznießer von dem Ertrage der Arbeitenden. Nach Verlauf kurzer Zeit wird durch Intensivierung der Landwirtschaft und Nationalisierung von Industrie und Gewerbe immerhin mit einer Steigerung von 33% vH. = 15 Milliarden zu rechnen sein. Dann beträgt der Wert der deutschen Produktion rund 60 Milliarden M. Da die Verwaltungskosten infolge des Fortfalls der Steuern — wie wir weiter unten sehen werden — und vereinfachter Wirtschaftsführung in Selbstverwaltung einschließlich wesentlicher erhöhter Kulturausgaben, nicht das Ausgabebill der Kaiserzeit = 30 vH. erreichen, — rechnen wir 20 vH., so daß sie nur 12 Milliarden betragen werden, — verbleibe dem deutschen werkschaffenden Volke eine Reineinnahme von rund 48 Milliarden gegenüber 30 Milliarden der Kaiserzeit, und jetzt hoch gerechnet 6 Milliarden. Das tatsächliche Ertragnis der Gemeinwirtschaft wird noch viel höher, als angenommen, sein. Kapitalisiert man den Reinertrag der deutschen Arbeit auf 4% vH. (das dürfte der früheren mittleren Verzinsung der Vermögen gleichen), so entspricht das einem Volksvermögen von mehr als einer Billion. Diese Wahrscheinlichkeitsrechnung soll uns zweierlei zeigen. Erstens: wie verschwindend klein dagegen das durch die Revolutionswirtschaft zusammengebrochene Eigentum an Besitz ist. Man schätze es vor dem Kriege auf ein Drittel Billion und jetzt dürfte es auf ein Fünftel Billion gesunken sein. Zweitens: wie diese deutsche Riesenfirma, vergrößert durch ihr unzerstörbares Eigentum an Arbeitsmacht im Werte von einer Billion durch den kleinen Schnorrer, genannt Weltkapital, mit seinen 5 Milliarden deutschen Geldwertzeichen, dem zweihundertsten Teile der eigenen Macht, ausgeraubt, verprügelt, in die Wüste geschickt bzw. zum Auswandern gezwungen wird. Diese in keiner Weise übertriebene Tatsache sollte jedem am Altan hängenden Zweifler die Augen öffnen, damit er Ursache und Wirkung der Zinsnechtheit und andererseits die gewaltige Ueberlegenheit der deutschen Gemeinwirtschaft beurteilen lernt.

Aber noch ein weiteres soll die Gegenüberstellung des fünfmal wertvolleren Eigentums der Deutschen an lebendiger Arbeitsmacht gegenüber dem toten Besitz dartun. Im Verhältnis des höheren Reinertrages werden die schnell entstehenden Neuanlagen und Werkverbesserungen einen sehr großen neuen Besitz darstellen, der den Altbesitzern und den heutigen Besitzlosen — beiden gleichermaßen — Gewinn bringen wird, wogegen der Altbesitz kaum noch in Betracht kommt. Kein vernünftiger Altbesitzer wird sich gegen diese Erlösung aus Not und Zinsverkladung wehren, zumal er doch jetzt damit rechnen muß, daß er alles verliert, während er in der Gemeinwirtschaft alles behält und aller Sorgen ledig wird. Diese Darstellung ist notwendig, um denjenigen Patrioten, denen ihr Besitz ihr Vaterland bedeutet, darzutun, daß sie nicht schlecht dabei fahren, wenn sie durch die organische Einigung ihres Eigentums in die Gemeinwirtschaft, der entseesselten Arbeitsmacht unseres Volkes, den ersten Schritt tun, um den von unsern Ausbeutern aufgepeitschten Klassenkampf-Hauptgedanken zu beseitigen und so dem Besitzlosen die Bruderhand zu reichen. Wer diese Voraussetzung für die Freiheit unseres Volkes sich nicht zueigen macht, stellt sich außerhalb unserer Volksgemeinschaft, ist nach Hermann Ullmers: ein Lump und des Glückes in der Heimat nicht wert. Um ihn ist es nicht schade, wenn er an dem herrschenden Raubsystem zugrunde geht. — Haben wir so gesehen, daß wir durch die Verbrüderung mit unsern Volksgenossen und danach Aufrichtung der deutschen Arbeitsmacht die uns zugrunde richtenden Ausbeuter vertreiben können, so wenden wir uns der Untersuchung zu, wie der Einzelne und das ganze Volk sich in die Wirtschaftsordnung einzufügen, was der Einzelne und das ganze Volk zu leisten und was wir von der Gemeinwirtschaft zu erwarten haben.

Obwohl wir es hier mit Wirtschaftsfragen zu tun haben, läßt es sich nicht vermeiden, gewisse Wirtschaft bestimmende politische Fragen mit zur Erörterung zu stellen. Voraussetzung für die wirtschaftliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung des deutschen Wirtschaftsinteressen strikt entgegengesetzten Parlamentarismus. Solange er herrscht, herrscht automatisch das ausländische Kapital. Mehrheitsregierung läßt sich nun einmal von der Geldherrschaft nicht trennen, sie bedingen einander. Und dann die herrschende Beamtenhierarchie! Die Ge-

meinwirtschaft kann wohl die im Beamtenstaate tätigen Einzelpersonen in sich zur Mitarbeit aufnehmen, aber eine Bevormundung, wie sie vom heutigen Bürokratismus geübt wird, ist untragbar und nicht vereinbar mit der freien Wirtschaft. Und dann das Steuerwesen und die Sozialversicherungen, sie kommen beide in Fortfall. Denn selbstverständlich werden die Kosten für Staatsverwaltung, Kulturausgaben und Sozialfürsorge ohne alle Umstände von dem Ertrage der Gemeinwirtschaft abgehalten. Es fallen somit alle großen Staatsausgaben für Steuer, Sozialverwaltung usw. fort, und alle dabei beschäftigten deutschen Menschen werden dann für werkschaffende Arbeiten oder ihre Verteilung frei. Gerade jetzt in der großen Wasserkatastrophenzeit, wo die Kollektoren auf Almosen verwiesen werden, würde die Gemeinwirtschaft ganz selbstverständlich alle Lasten tragen und die Betroffenen in jeder Weise schadlos halten. Auch die Aufwertung der seit 1918 durch falsche Wirtschaft vernichteten alten Staatsschulden, Hypotheken usw. wäre glatte Selbstverständlichkeit. Die Welt wird staunen über die Einfachheit unserer Wirtschaft, und ihre Riesenkraft wird uns ohne Krieg, in aller Ruhe, den uns gebührenden Platz im Rate der Völker, wenn auch nicht im Völkerbunde, sichern. Die Amerikaner werden sehen, daß wir ohne Geld besser fertig werden als jetzt. Wir brauchen kein Gold mehr zur Stabilisierung einer Währung, denn diese ist für unsere Gemeinwirtschaft selbst auch überflüssig. Die Macht unseres Schaffens wird dadurch in keiner Weise berührt. Alle Erträge unserer Wirtschaft, alles, was deutsche Arbeit hervorbringt, wird unter Kontrolle der Berufsstände als Gemeinschaftseigentum verwaltet. Jedermann erhält den vollen Ertrag seiner Arbeit, nur verfürzt um die anteiligen Kosten der Gemeinschaftsverwaltung, Staats- und Sozialausgaben, Ausgaben für Kulturzwecke usw., die in ihrer Summe dann nur noch einen kleinen Bruchteil der heutigen untragbaren Lasten betragen werden, zu seiner freien Verfügung erhält. Die Einnahmen des Einzelnen werden im Anfange langsam und stetig um soviel steigen, als die toten Lasten an übertriebenen Steuern, Zinsen usw. fallen werden. Nach Einführung der Gemeinwirtschaft kann im Verlaufe eines Jahres mit völliger Umstellung gerechnet werden, so daß, anstatt der in unserer Wahrscheinlichkeitsrechnung angenommenen Summe von nur noch sechs, mit 30 und später 48 Milliarden, also dem fünf- bis achtfachen Reinertrage der deutschen Wirtschaft gerechnet werden kann. Der Reinertrag des Einzelnen wird sich als Anteil an den in die Gemeinschaft abgeführten Erzeugnissen des ganzen werkschaffenden deutschen Volkes darstellen und nur nicht etwa als Bargeld in Erscheinung treten, sondern nur noch in Form von Verbrauchs-, Genuß- oder Sachwerten. Der Begriff Geld verschwindet vollständig, was erzeugt wird, muß auch verbraucht, genossen bzw. in Sachwerten festgelegt werden. Das wird dazu führen, daß eine gewaltige Zunahme des Verbrauchs bzw. der Ansammlung an Kulturwerten, Verbesserung der Wohn- und Sanitärerichtungen, Bildung, Sport, Vergnügungstätigkeiten, Kunst und Wissenschaft einsetzt, ja einsetzt muß, um das Hervorgebrachte überhaupt zu konsumieren. Die vom Mammonsteufel freie Wirtschaft, die Befreiung der Menschheit aus der Verkladung an Geldbesitz und Schmarotzer wird eine Erhöhung der Lebensfreude des werkschaffenden Menschen zeitigen, wovon man sich schlechterdings keine Vorstellung machen kann. Diese Lebensfreude werden besonders dadurch noch in sittlicher Hinsicht verstärkt, als dann die widerlichen Erziehungsmethoden der jetzigen Kultur, in der gänzlich wertlose Tagediebe den Ton angeben, durch veredelte Sitten und Gebräuche, die uns unsere Führer, die dann die besten der unsern sein werden, ganz selbstverständlich vorleben werden, eben weil sie als die besten unter uns gar nicht anders können, abgelöst werden. Ganz selbstverständlich ist es aber, daß einem solchen sittlich und wirtschaftlich hochstehenden Volke keine Macht der Welt noch den inneren Frieden stören könnte, daß wir so Vorbild werden für alle Völker der Erde und damit ein neues Zeitalter, das der Freiheit und Schönheit, für die Menschheit beginnt.

Während ich dies niederzuschreibe, erhalte ich von einem in der Wirtschaft führenden Manne ein Schreiben, worin mir dieser sonst so prächtige Mann seine Anechtlichkeit von der Macht des Geldes darunt. Mit an unsern Universitäten angelehnten Theorien will er mir beweisen, daß Sachwerte überhaupt keinen positiven Wert haben, sondern nur einen relativen als Funktion der Rente dennoch dem Gelde verfallend sind. Das Geldproblem sei ein Rentabilitätsproblem, also verwegene Zinsnechtheit, und weiteren gelehrten Unsinn mehr, und er lehnt daher die Mitarbeit an der Befreiung unseres Volkes aus der Verkladung an das tote Geld, dieses sollen Popanzes, ab. Anechtlich nimmt er die Verkladung hin, es ist Fatum, weil die Universitäten das lehren.

Da haben wir den Niederschlag unserer Ausländererei, von der ich schon einmal sagte, daß man sich oft der Ueberzeugung nicht erwehren könne, daß unsere erbittertesten Feinde den deutschen Lehrbetrieb bestimmen. Ich wende mich mit meinen Schriften an den Unberildeten, einfach Sehenden, den normalen Deutschen und stelle an ihn folgende Fragen:

Kannst du dir eine Gemeinschaft, einen Ort oder gar ein Land denken, in dem alle Menschen das von ihnen Erarbeitete, einzel-, ob sachliches oder geistiges, einer besonders hierfür eingeleiteten Verwaltungsstelle zur bestmöglichen Verwertung übertragen?

Kannst du dir weiter denken, daß du mit deinen Berufskollegen, alle anderen Berufe wieder unter sich, den Wert des Geleisteten feststellen: daß es einen Zweifel über das, was der Einzelne an Werten hervorbringt, danach nicht gibt?

Kannst du dir ferner vorstellen, daß du bei der gemeinsamen Verwaltungsstelle ein Konto erhältst, worin dir der Wert des von dir Geschaffenen und Eingelieferten gutgeschrieben wird?

Dies Konto ist dann dasselbe wie ein Bank-, Post-, oder Sparkassenkonto, davon kannst du jederzeit soviel erheben, als du Guthaben zur Verfügung hast. Nun aber nicht in Geld, sondern in Waren für alle Bedürfnisse deines Lebens. Du kannst dir selbst ein Schloss bauen, kannst tun, was du magst, und wenn du reisen oder dir einen unsachlichen Genuß verschaffen willst, so kannst du das genau so gut wie heute gegen Scheck, wenn du über das dazu notwendige Guthaben in der Gemeinschaft verfügst.

Ueber die technischen Einzelheiten kann man alles genau erfahren aus dem Buche von Berthold Otto „Abkaffung des Geldes“ (Verlag „Der Hauslehrer“, Berlin-Lichterfelde, Halbeimstr. 27, Preis 1 M.).

Wer sich die oben gestellten Fragen mit Ja beantworten kann, und nun konsequent sein Denken darauf einstellt, dem

kann der Universitätslehrebetrieb nicht mehr schaden, es sieht einfach und klar, daß es ein Wahnsinn ist, die Funktion des Austausch des von uns und unsern Volksgenossen Geschaffenen einem hochbezahlten Zwischenhändler, dem Golde, zu übertragen, das infolge unserer falschen Wirtschaft sittlich und rechtlich ein Uebermaß an Ansehen und Recht erhielt, das es gerade jetzt — durch Auswucherung des Volkes — erbarmungslos ausübt.

Zur Zeit der höchsten Blüte deutscher Kunst, des größten Wohlstandes, herrschte Zinsverbot, mit dem Zinsen- und Kreditwindel kam Verfall, Zerissenheit und Anechtlichkeit über unser Volk. Wenn wir frei und einig werden wollen, muß die Lösung sein: Nieder mit dem Wahnsinn des Geldes! Nieder mit der Ausländererei! Hoch die auf unsere heutige Zeit eingestellte alte deutsche Gemeinschaft! Deutschland den Deutschen!

Fortsetzung folgt.

Persönliches.

In den „Nationalsozialistischen Briefen“ beschäftigt sich ein „eifriger Reichswartler“ mit mir so persönlich, daß ich ausführlicher persönlich darauf eingehen möchte.

Der Hauptzweck der langen Auslassung ist zu beweisen, einmal daß ich seit anderthalb Jahren politisch ein Anderer geworden, insbesondere von Liberalismus infiziert sei, ferner daß ich Hitler gegenüber meine Ansicht geändert hätte, ferner daß ich politische Grundzüge einer opportunistischen liberalisierenden Taktik preisgegeben hätte. Zum Beweise wird eine Reihe von Zitaten aus dem „Reichswart“ angeführt.

Beginnen wir mit dem Punkte Hitler, wobei zunächst bemerkt sei, daß die Daten der Reichswartartikel vielfach falsch angeführt sind. Daß ich in manchen Punkten meine Meinung über Herrn Hitler geändert habe, ist eine Tatsache. Das begründet sich aber nicht in einem Schwanken meinerseits, sondern in Handlungen bzw. Unterlassungen Herrn Hitlers, die ich nicht für möglich gehalten habe. Die Urteile, welche ich früher im „Reichswart“ über ihn geschrieben habe, die hohe Anerkennung seiner Leistungen bestehen trotz späterer abfälliger Urteile heute wie ehedem. Daß ich keine Politik von 1923 lange vor der Katastrophe für falsch und verhängnisvoll gehalten habe, weiß Herr Hitler selbst, denn ich habe ihn im Sommer jenes Jahres zweimal gewarnt, und in einem persönlichen Punkte, der nachher im anderen Zusammenhang genannt wird, dreimal. Ich stand mit dieser meiner Ansicht nicht nur Hitler und seinen Leuten allein gegenüber, sondern auch innerhalb der Freiheitspartei vollkommen isoliert. Als Hitler Anfang 1925 sein Programm veröffentlichte und es in jener ersten Nummer der „Völkischen Beobachter“ an feindseligen Anspielungen nicht hatte fehlen lassen, habe ich einige scharf abfällige Bemerkungen über seine Politik von 1923 fallen lassen. Ich habe 1924 die Vereinigung der beiden Bewegungen unter dem Namen der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung ohne Rückhalt begrüßt und nach Kräften zu fördern versucht. Es scheint heute ja alles möglich zu sein, aber bis auf weiteres möchte ich glauben, daß auch meine nationalsozialistischen Gegner mir nicht nachsagen, ich sei oder wäre gewesen von Führereitelkeit befallen, von Eifersucht gequält oder vom Düngele geziehen, zu ernten, wo Hitler gesät habe. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß mein Interesse an der Bewegung und ihrer Vereinigung ein rein sachliches gewesen ist. Ausschließlich aus diesem Gefühl heraus hat mich Hitlers Verhalten im Laufe des Jahres 1924 und Anfang 1925 tief erbittert. Auch wenn ich ganz abseits vom Parteistandpunkt urteile, so sage ich, daß dieses sein Verhalten sachlich unrichtig und persönlich mißbilligenswert und schwer enttäuschend gewesen ist. War er gegen die Vereinigung, so hätte er sie überhaupt nicht gestalten dürfen und von Anfang von der Festung aus eine bestimmte Stellung einnehmen müssen. Ich weiß, daß er das abgelehnt hat, kann aber seine Gründe dafür heute ebenso wenig anerkennen wie damals. Das politische Chaos und das schlechte Ergebnis der Dezemberwahl zu verhindern, lag ganz in Hitlers Hand. Gezielte ihm irgend etwas im Arbeiten der Bewegung nicht, so konnte er mit Leichtigkeit Beständigkeit und Ueberdauerung erzielen.

Der ungenannte Verfasser spricht im Eingange seiner Ausführungen auch von dem sogenannten „Offenen Brief“ Hitlers an Herrn von Graefe, in welchem mir Unwahrhaftigkeit, Feigheit usw. vorgeworfen werden. Ich habe zu diesem „Offenen Briefe“, dessen Inhalt das Gegenteil von offen ist, und Herrn Hitler nicht zur Ehre gereicht, seinerzeit im „Reichswart“ ausführlich Stellung genommen. Der Herr Verfasser, der den „Reichswart“ so eifrig liest, hätte loyaler Weise diese meine Gegenäußerungen in Betracht ziehen müssen. Im übrigen möchte ich zugunsten Herrn Hitlers annehmen, daß er selbst an jenen seinen „Offenen Brief“ nicht gerne denkt.

In meinem sachlichen Urteil lasse ich mich auch durch den Brief nicht beeinflussen. Der Verfasser behauptet, ich hätte die unerhörtesten Verdächtigungen über Hitler in die völkische Bewegung hineingetragen. Gemeint ist wohl der mit „Hitlers Frieden mit Rom“ überschriebene Artikel. Auch hierzu habe ich in der ersten Hälfte dieses Jahres eine ausführliche Erklärung im „Reichswart“ abgegeben, die der Verfasser des Aufsatzes in den „Nationalsozialistischen Briefen“ ebenfalls kennen muß. Aber dann weiß er, daß ich meine Uebersetzungen auf Grund von Aussagen zweier Abgeordneten getan habe, welche diese in der Fraktionsitzung der vereinten Gruppen getan haben. Der Verfasser muß auch wissen, daß ich nie geschrieben habe, Hitler habe sich den Klerikalen verkauft oder ähnlich, sondern daß er sich aus taktischen, von mir für falsch gehaltenen Gründen gefügt habe. Der Verfasser muß ferner wissen, daß ich aus eigenem Antriebe später geschrieben habe: wiederholt Herr Hitler habe inzwischen erfahren müssen, daß der Klerikalismus nach wie vor ihn feindselig behandle. Würde ich das geschrieben haben, wenn ich geglaubt hätte oder hätte glauben machen wollen, daß ein heimliches Einverständnis zwischen Hitler und dem Klerikalismus eingegangen worden wäre? Ich bin im Gegenteil berechtigt, diese immer wiederholte Inimination mir gegenüber als eine bewusste Unwahrheit zu bezeichnen.

Im übrigen ist der Verfasser von einem krankhaften Sucher nach Defiziten gegen Hitler erfüllt, so zum Beispiel mißachtet er einen Satz auf Hitler, bei dem ich nicht entfernt an ihn gedacht habe, nämlich in einer allgemeinen Mahnung, zu arbeiten, und Scheingrößen von wirklichen Größen zu unterscheiden. Die Mahnung galt, wie der Zusammenhang zeigt, der ganzen Bewegung. Die Herren sind ebenso mimosenhaft empfindlich wie nervös mißtrauisch.

Auf der nationalsozialistischen Seite sucht man seit einiger Zeit, jedenfalls in Verfolg einer von Hitler ausgehenden Weisung, nach öffentlich verwertbaren Beweisen, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei und die Deutschvölkische Freiheitsbewegung etwas Wesensverändertes seien. Die Propagandaarbeit im Lande, die auf Kosten der Freiheitsbewegung zu treiben versucht wird, erfordert solche Mittel. Bald sind wir

Parlamentaristen, bald Sozialdemokraten, bald Bürgerliche, bald Nationalsozialisten, bald verkappte Deutschnationalen, bald, das ist das Neueste, werde ich als verkappter Liberaler bezeichnet. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß irgendwelche grundsätzliche sächliche Gegensätze oder Verschiedenheiten zwischen den beiden Parteien nicht bestehen, ebenso wenig wie solche sich im Frühjahr und Sommer 1924 je geäußert haben. Es handelt sich also im Grunde um nichts Sachliches, sondern nur um Persönliches. Diefem erfahrenen Instinkt wird die Sache gespürt. Abgesehen von dem Gesagten, das durch viele Einzelheiten ergänzt werden könnte, liefert für den rein persönlichen Charakter des Gegenstückes, man müßte richtig sagen: seiner Feindschaft, das Verhalten Herrn Hilters seit dem Sommer 1924 einen authentischen Beweis. Ich stehe nicht an, auch heute noch diese Wendung der Dinge vom Gesichtspunkt der großen vaterländischen Sache tief zu beklagen. Ein entsprechender sachlich politischer deutscher Wille würde nach wie vor ein Zusammenarbeiten in irgendwelcher Form mit Leichtigkeit ermöglichen. Da Herr Hitler nicht will, sondern den Krieg bevorzugt, so ist nichts mehr zu diesem Punkte zu sagen. Aber meinen Standpunkt wollte ich trotz allem hier noch einmal zum Ausdruck bringen, da ich in einer großen Sache keine Empfindlichkeiten kenne. Vom gleichen Standpunkt der großen Sache wünsche ich, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihr Ziel, einen großen und wachsenden Teil der marxistischen Arbeiterpartei mit Erfolg aufzulösen und zu sich herüberzuführen, erreichen möge. Herrn Hilters große agitatorische Fähigkeiten und unermüdete Energie verleihe ich heute ebenso wenig wie früher, und ebenso wenig, wie das, was ihm fehlt.

Nun zur liberalen Versuchung meiner Person. Der Verfasser erzählt, die ersten Bedenken gegen meine grundsätzliche Einstellung seien ihm aufgefallen, als ich während einer Sautagung in Neumünster den Vorschlag, auch den Liberalismus grundsätzlich zu untersuchen, mit leichter Handbewegung abgelehnt hätte. Ich glaube, daß die Berechtigung des vorher geäußerten Ausdrucks eines krankhaften Suchens nach Gründen, besonders gegen mich sich hier drastisch zeigt. Ich erinnere mich des Vorgangs nur undeutlich und bitte andere Anwesende jener Sitzung, mich zu korrigieren: ich konnte nur wenige Stunden anwesend sein. Das Programm der Sitzung war groß. Da stellte Herr Dietrich Klages jene Frage an mich, die ich in jenem Sinne weniger abweisend, als aufstrebend beantwortete, weil ich der Ansicht war, in der Fülle der damaligen Fragen könne dieser Gegenstand zunächst zurückstehen. Später nach seinem Uebertritt zu den Nationalsozialisten hat Herr Klages sich in den „Nationalsozialistischen Briefen“ ausführlich und anregend über den Liberalismus ausgesprochen. Die Zumutung, meine kurze Antwort damals zeige, daß ich libealem Einfluß unterliege, ist so abwegig und an den Haaren herbeigezogen, daß man nur die Schultern zucken kann. Aber nun kommen die Beweise Herrn Klages, denn er ist wohl der ungenannte Verfasser jenes Aufsatzes in den „Nationalsozialistischen Briefen“.

Sein Punkt II: „Reventlow's wechselnde Einstellung zum Alldeutschen Verband“. Zwei Reichswartstellen führt er an, eine vom Sommer 1924. Da wird auf die Wesensverschiedenheit zwischen der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, dem rechten Flügel der Deutschnationalen und der Politik des Alldeutschen Verbandes in der sozialen Frage hingewiesen. Die zweite Reichswartäußerung vom Anfang des Jahres 1925 wieder mit Genugtuung die Beteiligung von Zwiß und Mißstimmung zwischen der Deutschnationalen Freiheitsbewegung und dem Alldeutschen Verband. Man könne und müsse nunmehr gemeinsam für den völkischen Gedanken arbeiten. Zur ersten Neußerung braucht Erklärendes kaum gesagt zu werden. Ihr Inhalt galt im Jahre 1925, ebenso gilt er heute. Jene Beteiligung von Zwiß und Mißstimmung zwischen der Freiheitspartei und dem Alldeutschen Verband habe ich mir länger als ein Jahr hindurch besonders angelegen sein lassen, denn sie befanden in einer überaus schäblichen Weise und lagen zumal auf persönlichem Gebiet. Nachdem die Reibungsflächen zum Verschwinden gebracht worden waren, stand gemeinsamem Arbeiten im Lande in allgemeiner völkischer Beziehung nichts mehr entgegen. Die grundsätzlichen Gegensätze bestanden fort und ich will gern zu allgemeiner Klärung sagen, daß weder damals, noch später, noch bei der Gründung der nachher zu erwähnenden Notgemeinschaft jemals im geringsten Besprechungen über diese sächlichen Gegensätze bzw. Unterchiede stattgefunden haben. Zwischen den beiden Neußerungen des „Reichswart“ ist nicht der mindeste Widerspruch und hat nicht die kleinste Meinungsänderung meinerseits stattgefunden. Genau ebenso steht es mit der Notgemeinschaft. Ich habe dazu wiederholt betont, daß alle, besonders die sozialen Gegensätze bleiben, daß die Gemeinschaft nur in Richtung gegen Dawes, Locarno und Völkerbund bestehen könne.

Und nun möchte ich aber fragen: ist dem Herrn Verfasser wirklich unbekannt, daß Herr Hitler wiederholt mit dem Alldeutschen Verband aus taktischen praktischen Gründen in Beziehung und Verbindung gewesen ist, ohne sich um grundsätzliche Verschiedenheiten zu kümmern? Hitler und seine Bewegung haben daran keinen Anstoß genommen und nichts von ihren Grundsätzen aufgegeben. Ebenso ist Hitler aus taktischen Gründen zeitweise in enger Verbindung mit Kahr, auch mit Pfittinger gewesen und selbst mit dem General v. Lossow, vor dem ich ihn 1923 dreimal gewarnt habe. Er wußte von allen diesen Persönlichkeiten, daß sie sozial auf ganz anderem Boden standen wie er. Trotzdem zögerte er nicht, weil er hoffte, sie mit Erfolg für seine Ziele zu benutzen. Grundsätzlich wird ihm das kein vernünftiger Mensch zum Vorwurf machen können, noch zum Anlaß nehmen, ihn für schwankend oder unecht zu halten. Ich glaube, auch Herr Klages wird das nicht tun. Aber wenn ich in viel kleinerem Maßstabe Ähnliches vertritt, so ist es ein Verbrechen gegen den heiligen Geist der Grundsätzlichkeit. Der Verfasser liest sicher auch den „Völkischen Beobachter“. Dann weiß er auch, daß die Schriftleitung dieses Blattes im Januar dieses Jahres eine Zuhörerin ohne Kommentar abdruckte, in welcher der Zeitung des Alldeutschen Verbandes ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß sie nicht Anstoß an Hitler gefunden habe. Genug, man sieht auch aus solcher Beweisführung, daß es den Herren auf Sachlichkeit nicht ankommt. Außerdem aber: wie soll man verstehen, daß ein gelegentliches Zusammenarbeiten in ganz bestimmten gemeinsam beurteilten Fragen, bei ausdrücklicher Hervorhebung der Gegensätze auf anderen Gebieten, als ein Mangel von Zuverlässigkeit und an Festigkeit und Lauterkeit des politischen Charakters beurteilt wird? Daran stehen sich sehr boshafte Bemerkungen knüpfen, wenn man wollte.

Nun: „Reventlow und die Jarreswahl“:

Die völkische Freiheitsbewegung und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei befinden sich angesichts der Präsidentschaftswahlen in einer schwierigen Lage. Den Entschluß, im ersten Wahlgang Ludendorff aufzustellen, habe ich von vornherein für unrichtig und schädlich gehalten, sowohl wie für den General selbst, für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Aus diesem Grunde habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß die

völkische Freiheitspartei sich an der Aufstellung Ludendorffs nicht beteilige. Ich bin heute der gleichen Meinung, nämlich, daß die Aufstellung ein schwerer Fehler war. Das Ergebnis hat es gezeigt. Die Aufstellung von Jarres seitens der Deutschnationalen Freiheitsbewegung war ebenfalls ein Fehler. Für mich wäre die richtige Haltung gewesen, wenn die beiden völkischen Parteien sich der Stimme enthalten hätten. Praktisch ließ sich das, unter den damaligen Verhältnissen nicht durchführen, und ebenso klar ist, daß für den damaligen Augenblick öffentlich irgendwelche Gründe gefunden werden mußten, welche das Eintreten für Jarres rechtfertigten. Daß und warum ich gegen die Wahl n. Hindenburg gewesen bin, ist später im „Reichswart“ wiederholt besprochen worden. Alles in allem gebe ich gern zu, daß das Eintreten für Jarres eine unerfreuliche Sache war, aber als Fehler zum mindesten nicht größer als die Aufstellung Ludendorffs durch Hitler. Daß ich im Falle Jarres liberalisierenden Erwägungen oder Gefühlen unterlegen wäre, ist, ich kann kein anderes treffendes Wort finden, vollkommener Unsinn. Der Herr Verfasser hat anscheinend die Neigung, alles auf-einige ihm liebe Formeln zurückzuführen und hier besonders der Tendenz die Sachlichkeit zu opfern.

Die Auffassung, Jarres sei damals das kleinere Uebel gewesen, veranlaßt den Verfasser zur Bemerkung, alle, welche bisher das kleinere Uebel gewählt hätten, seien diejenigen, denen Liberalismus und Marxismus das Rückgrat zerbrochen hätten, die, welche nicht mehr den Mut aufbringen könnten, sich auch als einzige dem Boden der Tatsachen entgegenzukommen. Das klingt sehr stolz, es fehlen nur noch die Worte: „brutal und janakisch“. Gleichwohl ist der Inhalt des Satzes an sich unrichtig. Das, was der Verfasser vom kleineren Uebel sagt, gilt nur für den Fall, daß der Betreffende in Wirklichkeit nicht sieht, wo das kleinere Uebel liegt, oder aber, daß er nur vom kleineren Uebel spricht, um seine wirkliche Meinung zu verbergen. Beides war für mich im Falle Jarres nicht der Fall. Herr Klages muß schon nach anderen Beweisen für ein Zerbrechen meines Rückgrates suchen. Daß die Bildung eines

gemeinsamen Wahlausschusses der verschiedenen Parteien für die Jarreswahl in Pommeren meiner Überzeugung widerspricht, ist ebenso klar wie der Umstand, daß der Text eines solchen Aufrufs für Pommeren im Beiblatt des „Reichswart“ mir nicht rechtzeitig zu Gesicht gekommen war. In solchen Fällen publizistischer Objektstücken hat man für den Spott nicht zu sorgen und ich habe ihn damals verdienstlos auf mich nehmen müssen. Ein halbwegs gerechter Gegner aber müßte anerkennen, daß damit meine persönliche Überzeugung und deren Echtheit nichts zu tun gehabt hat.

Zum Kapitel der Notgemeinschaft noch ein Wort: Herr Klages erklärt es wiederholt als meinem sozialen Programm widersprechend, daß man in der Notgemeinschaft mit kapitalistischen und reaktionären Vertretern zusammengehe. Die Notgemeinschaft besteht seit Beginn dieses Jahres. Solange hat auch der Herr Verfasser beobachtet können. Hat er, abgesehen von zwei Aufrufen, die sich auf die Damesgelehe usw. bezogen, etwas von „Zusammengehen“ direkt oder indirekt gemerkt? Andererseits muß er im „Reichswart“ gelesen haben, daß jeder Versuch, über die enge Grenzen hinauszuweichen, die Notgemeinschaft sprengen würde. Ebenso wie ich im Kriege Polen mit Rußland militärische Kooperation zwischen den damals vorgehenden deutschen Truppen und der russischen roten Armee befürwortet habe, um Polen zu erschlagen, so habe ich Beteiligung an der Notgemeinschaft befürwortet, um bei gegebenen Gelegenheiten ein stärkeres Gewicht gegen die Damesgelehe gesammelt einschlagen zu können.

Was vorstehend gesagt wurde, ist so selbstverständlich, daß es unter sachlich Urteilenden nur sehr weniger Worte bedürfte. Den Herrn Verfasser hat eben nicht Sachlichkeit gelehrt, sondern die Rabies partium lediglich aus diesem Grunde und um agitatorische Mißdeutungen im Lande vorzubringen, habe ich mich so ausführlich auf den Artikel des Herrn Verfassers eingelassen, dessen Zweck ist, „Material“ zu liefern. Es ist vielleicht ein Mangel, daß ich genügende Partei„leidenschaft“ nicht aufzubringen vermag, aber ich werde es nicht mehr lernen.

Bolschewismus und das Mysterium des Leids.

Ein Ministerium der Familie.

(Schluß)

Aber welcher Dichter könnte das Elend der unzähligen Kinder schildern, deren Dasein ganz junge, gedankenlose, triebhafte Menschen verschulden, die sich nie auch nur von fern der Pflichten gegen ihre Nachkommen bewußt werden, die weder aus Tradition noch durch Belehrung von dem Wesen und der Schönheit der Familie wissen. Das Studium dieser Kinderhölle besonders in den englischen Industriebezirken führte Maltus zu seiner Forderung des moral restraint. Moral restraint unter Triebmenschen; das Letzte, was man von ihnen erwarten kann.

Kultur, soziale Frage, Sittlichkeit alles hängt mit der Familie, ihrem Wohl und Wehe zusammen. Unfähigkeit, der man den Untergang so vieler Völker zuschreibt, besteht immer in Mißachtung und Auflösung der Familie, im taumelnden Triebleben. Die schwere Frage ist nun folgende: Wie wird der Familienstamm in allen Schichten, in allen Mitgliedern einer Nation geweckt und gepflegt? In untergehenden Völkern hat es meistens noch eine ganze Anzahl sittenstrenge Familien gegeben — sie wurden von der hereinbrechenden Flut mit ins Verderben gerissen.

Die schönsten Gebichte über die Würde der Frauen, eindringliche Predigten machen auf Entartete nicht den geringsten Eindruck; sie erwecken kein Echo.

Es handelt sich um die Familie, nicht die des Reichen allein; um das Kind, nicht nur um das Kind der wohlhabenden Schichten; um Ehrfurcht vor dem Leben, das uns alle hält, und das, man weiß nie wann und wo, Vergeltung übt, vielleicht am schärfsten in den höheren Welten.

Die Bestrebungen einzelner gleich rankenden Pflanzen, die keinen Halt haben; oder Steinen, die man ins Wasser wirft — ein leichtes Wellengekräusel und die Wirkung ist vorbei. Was wir brauchen, ist ein Ministerium der Familie, eine staatliche Zentrale, die nicht nur alles umfaßt, was es an Fürsorgestellen u. ä. für Kinder schon gibt, sondern die schwersten Probleme in Angriff nimmt: 1. Wie erweckt man in der Jugend schon in den höheren Klassen der Schulen und in den Fortbildungskursen *) den Familienstamm, das Verantwortlichkeitsgefühl? Bücher, Bilder, Aufführungen in diesem Sinne sind erst noch zu schaffen. Die öde Aufklärerei, der so viele das Wort reden, schadet; sie wirkt nicht aufbauend, veredelnd, sie weckt keine moralischen und ästhetischen Impulse.

2. Wie erlöst man die Mütter aus den Fabriken und ähnlichen Betrieben, und gibt sie der Familie zurück? Eine Umänderung, die nur durch scharf einschneidende Maßregeln wirtschaftlicher Art zu erreichen ist, wahrscheinlich unter dem Widerstand vieler Frauen, sowohl der Arbeitgeberinnen wie der Arbeiterinnen.

3. Wie schützt man die unbeschützte Jugend vor sich selbst, vor ihren eigenen Trieben; wie erfüllt man die jungen Mädchen mit Selbstachtung und die Männer mit Achtung vor der Frauenwürde, die sie durch ihre Laster mit Füßen treten? Hier ist die wundeste Stelle der zivilisierten Völker; grauenvolle Abgründe neben feinsten Familienkulturen.

Für die Menge fehlen noch Unterhaltungen edler Art, die das öde Einerlei des Alltags durchbrechen. Reiz stehen die vielen passiv da und sehen dem Sport einzelner zu, in Massenansammlungen; oder sie tanzen. Man tanzt Tag für Tag, Nacht für Nacht maßlos, als gäbe es nichts anderes mehr.

Sport und Tanz waren die charakteristischen Züge in untergehenden Völkern. Bnjanz heraufende sich an prächtigen Wagenrennen und tanzte, während die Türken schon die Belagerungsmaschinen herbeischleppten.

Hat man je bedacht, wie ein Zentrum moralischer und geistiger Kräfte eine liebevolle Familie ist? Wie weit vortauschend, wie stark Männer sind, die eine geliebte Familie zu erhalten und zu schützen haben? Wie wertvoll für die Nation in schweren Zeiten?

Ich sah einen Zimmermann vom Rhein, der 1914 als Landwehrmann ins Feld rückte; als jemand die Möglichkeit andeutete, die Feinde könnten ins Rheinland einfallen, richtete er sich auf, jeder Muskel straffte sich, die

*) Später sind sie schwer zu erreichen.

Jugen funkelten: „Das wollen wir doch verhindern! Unsere Familie in den Händen der Feinde! Nein!“

Ein einziger Staat im Altertum hatte die Wichtigkeit der Familie, des Kindes, klar erkannt: Sparta. Ein spartanischer König erfand die Kinderklapper. Eine spartanische Regierung gab den Feinden, die zehn Kinder als Geiseln forderten, die Antwort: „Hundert Erwachsene, aber kein Kind.“

Wir wissen freilich nicht, ob sich die Sorge auch auf die Kinder der Heloten erstreckte.

Familie, Kind, die beiden sind nicht voneinander zu trennen; und wer den Kindern wohl will, tut gut, mitzuhelfen, daß die Familie gefestigt werde.

Frida Malo ne Kennert.

Gedanken über die deutsche Arbeiterfrage.

Weitere Bemerkungen zu den Ausführungen Müller-Brandenburgs.

Von Oskar Smetlhage.

Bevor ich auf die Bemerkungen Müllers über die Fehler der völkischen Arbeiterbewegung eingehe, setze ich zu dem fest, was er über die sozialdemokratische Partei sagt. Der Marxismus ist nichts, was zum Wohle unseres Volkes erhalten bleiben müßte, aber wenn man ihn durchsetzen wollte, so müßte man ganz anders vorgehen, wie die Sozialdemokratie. Ihre Grundlagen sind längst nicht mehr marxistisch. Die Bezeichnung Kapitaldemokrat, die Graf Reventlow eins prägte, kennzeichnet sie sehr gut. Die Grundsätze des Marxismus stehen in so schroffem Gegensatz zu dem sonst üblichen Staatsaufbau, daß sie nur im Gegensatz zu allen anderen nicht marxistischen Staaten durchgeführt werden können. Wer also ihn haben wollte, müßte zunächst einmal sich die Einmischung aller anderen Mächte verbitten und damit nationalsozialistisch werden als alle anderen, so wie es die Bolschewisten taten und durfte nicht um das Wohlwollen kapitalistischer Staaten betteln, ihre Befehle ausführen, wie es die deutsche Sozialdemokratie tat und dabei gleichzeitig an dem Traum der Vereinigung aller Arbeiter ohne Berücksichtigung der Staatsgrenzen hängen blieb. Alles, was Müller von der Unfähigkeit dieser Partei, deutsch zu sein, schreibt, ist richtig. Daß sie unfähig ist, sich zum Staatsgedanken zu bekennen, liegt daran, daß sie keinen eigenen Staatsgedanken hat, und dagegen würde ihr auch das Bekenntnis zur Republik nichts genutzt haben, da die Staatsform, eben doch immer nur eine Form ist, der man nur Inhalt geben kann, wenn schöpferische Gedanken hat. . . .

Nun zu unseren Fehlern.

Ueber die Entstehung der völkischen Bewegung will ich mit Herrn Müller nicht rechten. Wenn er sich mit ihr so genau beschäftigt hätte wie mit der Sozialdemokratie, dann würde er wissen, daß er sich irrt. Ich fürchte aber, auch er kennt uns nur aus dem, was die gemäßigten und angeblich überparteilichen Zeitungen über uns bringen, sonst könnte er z. B. in der Frage der Staatsform uns etwas zu tun anraten, was wir von Anfang an mit größter Deutlichkeit getan haben. Um so wahrscheinlicher wird dafür das Bild, das er uns von der Auffassung der Arbeiter entwirft.

Da ist dann zunächst wesentlich, daß er offenbar selbst glaubt, die Internationale habe mit Fähigkeit und Geschick die sozialen, wirtschaftlichen Belange des Arbeiters gefördert. Jeder, der auch nur etwas tiefer schaut, weiß genau, daß es nicht wahr ist, daß man lediglich mit dem Ruf der wirtschafts-gestörenden Teillöhnerhöhen dem Arbeiter „erkämpfte“ Ergebnisse vorgetauscht hat, daß man aber überall da, wo wirklich etwas geleistet werden konnte, wie in der Siedlungs- und Wohnungsfrage, jede praktische Arbeit, jeden Anfang zu hinter-treiben gewußt hat.

Nur der Arbeiter selbst glaubt an das; was man ihm vorlegt, so fest, daß er die der Lüge zeigt, die ihm Klarheit bringen wollen.

Nur einmal, als der Schwindel gar zu arg geworden war, da strömte der Arbeiter bei der Wahl uns zu. Aber er blieb nicht bei uns, konnte auch gar nicht bei uns bleiben, weil er das, was er suchte, bei uns nicht fand, nicht finden konnte. Unzufriedenheit mit der Sozialdemokratie ist noch lange kein Bekenntnis zu völkischer Gesinnung. Ich wiederhole: Wirkliche, überzeugte Anhänger der völkischen Sache konnten in so kurzer Zeit nicht gewonnen werden und Müller-Brandenburg unterschätzt völlig die rationalen, sittlichen und seelischen Seiten

der Aufgabe unserer Bewegung. Es ist aber die Frage, ob nicht durch richtigere taktische Maßnahmen eine größere Zahl von Arbeitern in unserem Bannkreis und zum wenigsten fern von der Sozialdemokratie gehalten werden könnten. Und darin muß ich Müller-Brandenburg recht geben. Darin ist gefehlt worden. Von der sonstigen Charakteristik des Arbeiters möchte ich schweigen. Sobald irgendwelche Ideale in Frage kommen, ist er nicht mehr aber auch nicht weniger wert als der Durchschnittsbürger, zum Teil sogar ist er eher geneigt und gewillt, sich mit seiner Person einzusetzen als der Spieler, aber in erster Linie geht sein Blick auf sein Leben und seine Zukunft aus. Da ist ihm natürlich nicht genügt mit Zukunftsbildern, denen er ansieht, daß sie sich zunächst gar nicht verwirklichen lassen, sondern er will wissen, was ihm geboten wird, und welche Vorteile er erlangen kann. Nun sind ihm solche Zukunftsbilder von Verständigen und Unverständigen aus unfernen Reihen in solchen Mengen geboten worden, daß viele schließlich an die Erreichbarkeit geglaubt haben und tief enttäuscht die ganze Bewegung des Schwindels ziehen, als die Dinge nicht eintreten, die sie erhofften. Wir dürfen nie vergessen, daß Programme stets als Versprechungen aufgefaßt werden. Wenn man Fernziele zeigt, muß man zur Ergänzung stets von dem Sprechen, was erreicht werden kann, und was in der nächsten Zeit beabsichtigt ist.

Müller-Brandenburg behauptet dann, der Arbeiter sei dem „Ubernationalismus“ abgeneigt, dagegen habe er bei Abneigung gegen jede Niedertrübseligkeit der Jüden „für den positiv völkischen Gedanken volles Verständnis“. Ich glaube das nicht. Ich bin vielmehr der Meinung, daß auch Herr Müller-Brandenburg für das Wesen des völkischen Gedankens einiges zum Verständnis fehlt, und daß er nach dieser Seite sich die Arbeit zu leicht macht.

Nun möchte ich mir aus dem reichen Blumenstrauß noch eine herauspflücken, das ist die Frage: Monarchie oder Republik? Darin gibt uns Herr Müller-Brandenburg den Rat, genau das zu sagen, was wir von je gelagt haben. „Wir wollen einen starken, den künftigen Lebensbedingungen angepaßten Nationalstaat der uns Aussicht bietet, die Kräfte der Nation zum Wiederaufstieg zu sammeln, der keine Monarchie zu sein braucht.“ Wir haben immer wieder betont, daß die Staatsform uns Nebenache sei, daß sie aber innerlich völkisch, also der Art unseres Volkes angepaßt und nicht eine irgendwie maschinelle Sklavensklavatur des internationalen Großkapitals sein müsse. Dann aber hat die gesamte Judenpresse geschrien: „Sie lügen, sie sind Monarchisten.“ Und Herr Müller-Brandenburg wird wohl wissen, wer das gesagt hat. Wir sind uns also da ganz einig. Aber eins wollen wir doch vermeiden, nämlich die irreführende Gleichstellung des Begriffes Republik mit der sogenannten Demokratie, wie sie das Deutsche Reich jetzt darstellen soll. Von einer Herrschaft des Demos, des Volkes ist gar keine Rede, die Staatsform wird gekennzeichnet durch die angebliche politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger, wie sie im freiesten aller Wahlsysteme zum Ausdruck kommt. Hier werden die Stimmen gezählt und nicht gewogen, der Wert des einzelnen für den Staat wird nicht berücksichtigt, ja selbst der Staatsfeind darf ebensoviel Einfluß haben, wie derjenige, der sich selbst für den Staat opfert. Es hat Republiken gegeben und gibt es auch heute noch, in denen durchaus nicht jeder minderwertige Mitregierer darf, und unter der Monarchie haben wir im Reich bereits das unkritische Wahlrecht gehabt, das die Grundlage zu unserem jetzigen Wahlrecht bildet, das viele für eine Quelle alles Übels halten. Es gibt sehr gute Republiken und sehr schlechte Monarchien, aber auch umgekehrt. Wesentlich ist, daß die Staatsform, die sich das völkische Deutschland einmal wählt, organisch aufgebaut und dem Volkscharakter angepaßt ist.

Zum Schluß noch eins. Herr Müller hat recht. Wer kein Herz für den deutschen Arbeiter, wer ihn nicht kennt, wer ihn überhaupt für einen anderen Menschen hält als sich selbst, der soll die Finger von der Arbeitertage lassen. Dringend aber ist auch davor zu warnen, daß aus gutem Herzen und aus den Kenntnissen der Volksversammlungen und der anschließenden Dispute heraus an Dingen herumgedokkelt wird, die man nicht gründlich versteht. Wer da mitmachen will, der muß die ganze schwierige Tarifgeschichte und die Wirkung der modernen industriellen Organisationen auf den arbeitenden Menschen erfährt, womöglich am eigenen Leibe erfahren haben, sonst wird er mehr Unheil stiften als Nutzen.

Aus der Bewegung.

Völkische Tagung der niedersächsischen Gau in Celle am 26. und 27. Juni 1926.

II.

Während der Gau Hannover-Ost mit seinen zahlreichen Ortsgruppenführern und Vertrauensleuten am Sonntag vor-mittag tagte, beschäftigten die auswärtigen Gäste die an altertümlichen Reizen und geschichtlichen Erinnerungen reiche, sehenswerte Stadthalle.

Der Nachmittag versammelte viele im großen Saale der „Union“ zu einer völkischen Beisitzung seltener Art, in welcher der Landtagsabgeordnete Pastor Boos seinem Vortrag das Wort aus dem 1. Tim. 6. Kap.: „Kämpfe den guten Kampf des Glaubens“ zu Grunde legte. Es ist auf die völkische Gegenwart, auf die Not unserer Tage zugeschnitten. Wie damals, etwa 50 n. Chr., die Christen eine ganz eigene, sich abgrenzende Mehrheit gegenüber der großen, zähen, trägen Masse waren und dennoch siegten, sind es heute die Völkischen, die mit der Macht ihrer Idee, die den Menschen ergreift, die seelische Erhebung vorbereitend, den Kampf um die Befreiung des Deutschen Geistes aufgenommen haben. Wir wollen glauben, trotz aller Mut- und Hoffnungslosigkeit in allen Kreisen, und das Martyrium durchleben. Der Vortrag wurde umrahmt von hervorragenden Darbietungen Wagners, Beethovens durch die Celler Stadtpfelle.

Eine weitere Steigerung zum Höhepunkt dieser erhebenden Tagung brachte dann der Sonntag abend mit den Vorträgen des Reichstagsabgeordneten Grafen E. Reventlow und des Landtagsabgeordneten Reinhold Wulle. Beim Eintritt in den dichtgefüllten großen Saal der „Union“ wurden die beiden Führer mit begeisterten Heilrufen empfangen. Nach einleitenden Worten des Bezirksführers ergriff Graf Reventlow das Wort und bewies, ausgehend von der Wirtschaftspolitik vor dem Kriege bis zum Jahre 1914, wie alles darauf gerichtet war, Deutschland, die damalige beherrschende Macht Europas, in die Verwidelungen hineinzuführen. Von innen nach außen war, zusammengefaßt, Bismarcks Grundsatz, um auf der Höhe zu sein und muß es für uns jetzt wieder werden, um auf die Höhe zu kommen. Während der dazwischen liegenden Jahre wurde umgekehrt verfahren, und so kam die Katastrophe. Nie vorher war das Kapital so mächtig und in weniger Händen als jetzt, im Zeitalter der „sozialen Phrasen“. Das Weltwirtschaftssystem, geführt von der internationalen Alljüdischen Hochfinanz, durchgeföhrt und erhalten von den Regierenden in Deutschland, vornehmlich von Herrn Dr. Gustav Stresemann, feiert seine Triumphe. Reventlow schildert den politischen Weg Stresemanns, wie er als Abgeordneter, Reichstanzler und jetziger Außenminister für die Betelung des Deutschen Volkes und die Verschönerung der Deutschen Wirtschaft eingetreten ist. Es ist unmöglich, aus der Fülle des vorgebrachten Materials Einzelheiten herauszuheben. (Wir empfehlen allen, die Schrift: „Minister Stresemann als Staatsmann und Anwalt des Weltgewillens von Graf Reventlow, erschienen im Verlag von J. F. Lehmann, München, 1,50 Mark zu lesen).

Unsere Voraussetzungen über die Folgen des Dawes-Vertrages, des Locarno-Vertrages und der Zugehörigkeit haben durch die bisherigen Ereignisse ihre restlose Bestätigung erfahren. Darum haben wir erhöhte Pflichten zum Kampfe mit größerer Rücksichtslosigkeit. Unsere Rettung kann nur erfolgen durch eine Umwälzung bis auf den Grund, durch eine völkische soziale Revolution, durch eine Rettung aus uns selbst von innen nach außen. Unser sozialer Geist mit dem Willen zur Macht ist unvereinbar mit dem Geiste des Kapitalismus, der alle andern Parteien beherrscht und uns darum von ihnen für immer und überhaupt scheidet.

Gegenüber der abgeklärten Ruhe des Grafen Reventlow und seines Vortrages, der auf alle Zuhörer einen gewaltigen Eindruck machte, brachte der Landtagsabgeordnete Reinhold Wulle durch seine temperamentvollen Ausführungen und seine urwüchsig Art eine neue Note in die nachdenkliche Stimmung. Er rechnete mit dem ganzen System des Parlamentarismus und der Demokratie vernichtend ab. Es gibt kein Partieren mit den Verbrechern von 1918 und denen, die mitschuldig geworden sind. Der deutsche Gott meint es gut mit uns, wenn er uns durch dieses Tal unbeschreiblicher Not jetzt und in Zukunft schreiten läßt, damit wir Zeit gewinnen zum Sammeln aller Edelen, mit denen wir den Endkampf führen und bestehen wollen zur Freiheit der Nation. In unsern Händen liegt Deutschland. Aus uns kommt das neue Geschlecht. Wohlan denn, es naht der Tag! — waren seine letzten Worte. Aus innerer Begeisterung stimmte man geschlossen das Deutschlandlied an.

Der Gauführer von Hannover-Ost dankte sowohl allen erschienenen Gästen für ihre Teilnahme, wie unsern Führern für all das Biele, mit dem sie uns zur Stärkung für den großen Kampf begehrt haben.

Wer es irgend ermöglichen konnte, machte am Montag den Ausflug in die Heide mit. Nach einem landläufigen Frühstück

in Hermannsburg führte uns die Wanderung durch das Verkeital nach Müden. Ein sonniger Tag mit strahlender Wärme offenbarte uns das Geheimnis der Heide, die Hermann Löns so sehr liebte. Hier fühlten wir uns wieder eins mit der göttlichen Natur, hier fanden wir die Erziehung des ewigen großen Sehens der Deutschen. Ein gemeinsames Mittagmahl stärkte uns zum „Aufstieg auf den Wieser Berg“, der höchsten Erhebung der Heide, mo am Löns-Stein eine Feiertunde stattfand. Unser Dichter Th. Westrich trug uns persönlich die Thingszene aus seinem neuesten Weisenspiel „Niedersachsen-Not“ vor. Wir spürten den Hauch einer großen Vergangenheit, die es mit unserer Niedersachsen-Not zu retten gilt für die Zukunft eines neuen Art-Reiches. Und dann sprach Jürgen v. Rammin. Wir lagen auf rot-grün-brauner Heide. Ueber uns stand er, dieser blonde, große nordische Mann und Edelmann und sprach von der Verkümmern unferes Geschlechts, von der Herrschaft der Masse, in der die Persönlichkeit untertaucht, die keinen Charakter mehr hat. Nur wenige sind auserwählt, aufwärts geführt zu werden, ebenso wie kein Feigling, sondern nur der Edle fähig ist zum Opfer. Menschen vergehen, wie Blüten des Maien im Winde fallen, Vögel sterben, eins nur ist ewig, der Wille des Wobaters. — Heiß stieg es uns in der Kehle auf, wie dieser Philosoph uns sein Evangelium verkündete. Es war wohl feiner, der ihm nicht gleichen wollte oder ähnlich werden möchte. Innerlich ergriffen und nachdenklich traten alle Teilnehmer den Heimweg an und fuhren zurück an die Stätte ihrer Arbeit, reicher an neuem Wissen, stärker im Glauben und in der Liebe zu unserer heiligen völkischen Idee, die ewig lebt, weil sie gottgewollt ist und darum den Sieg davontragen wird.

Büchereingang bei der Schriftleitung des Reichswart

Probleme der Demokratie. Wirtschaftspolitische Betrachtungen von Arthur Twining Hodge. (1926. W. Kohlhammer, Stuttgart.) Ganzleinen geb. 3,50 M.

Deutsche Freiheit. Monatschrift für Urliche Gottes- und Welt-erkennnis. Heft 6 (Brachet). 1. Runen-Sonderheft. Das Geheimnis der Runen-Entstehung der deutschen Sprache. 0,70 M.

Heft 7 (Heuert). 2. Runen-Sonderheft. Runen und Zahlen. — Wobans Runenlied u. a. 0,70 M. Todjüde. Wege und Abwege eines Volkes von Arnold Ruge. Intaios-Verlag, Leipzig. 8°. 80 Seiten. Geb. 2 M.

„Die Arienschildfrage“. Das oben erschienene Heft der bekannten Zeitschrift „Die Arienschildfrage“. Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung bietet interessante Einblicke in die frühere und unmittelbare Vorgeschichte des Krieges. Während Poincaré nachgewiesen wird, daß er sich entgegen seinen eigenen Behauptungen bei der ersten Balkankrise nicht für den Frieden eingelassen hat, und am 1. August 1914 im französischen Ministerrat auf eine Kriegserklärung an Deutschland gedrungen hat, wird Sir Edward Grey für die Entfremdung des englischen und deutschen Volkes verantwortlich gemacht. Den Behauptungen des ehemaligen amerikanischen Botschafters Steward in der amerikanischen Zeitschrift „Current History“ wird in überzeugender Weise entgegengetreten. Aus dem übrigen Inhalt sei noch auf eine Zusammenfassung der Verdachtsmomente für eine Mitwisserschaft des Königs Alexander von Jugoslawien an dem Mord von Sarajevo hingewiesen.

Die von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsverbrechen, Berlin NW 6, herausgegebene Monatschrift ist zum Preise von M. 3 vierteljährlich zu beziehen.

Der Brudermord. Roman aus der Schicksalszeit der großen deutschen Bauernrevolution 1525 von Peter Weber. 416 Seiten. Gebroder. Roedel, Berlin-Weißhof. Gebietet 5.— M. Im Ganzleinen 7.— Mark.

Wir wissen nicht, vor welchen Erschütterungen das Abendland steht. Täuschen nicht alle Anzeichen, so ist die revolutionäre Erbe, eingeleitet durch den russischen Bolschewismus und italienischen Faschismus, noch nicht abgeklungen. Viel Wahrheitslieblichkeit hat die Voraussetzung, daß Europa vor gewaltigen Bauernbewegungen steht. Im Rußland und den slavischen Staaten werden die Bauern über kurz oder lang ihre Staatsformen aufrechten. Bulgarien war ein Vorbild. Das auch bei uns die Dime unter der Oberfläche nicht so ruhig und stark sich verhalten, dafür waren die an sich hebauecklichen Voränge in Bernkastel ein drohendes Vorzeichen. Vielleicht ist es auf, an die große Bauernrevolution des 16. Jahrhunderts in Deutschland (übriens die einzige wirkliche Revolution, die unser Vaterland erlebt hat) zu denken. Welch ungeweure, geradezu fürchterliche Erbfolgekraft in dieser langen mißbelebten proletarischen Massenbewegung war, davon kann man sich eine Vorstellung machen wenn man den neuen Roman Peter Webers: „Der Brudermord“ (Verlag Gebroder Roedel, Berlin-Weißhof) liest. Das ist kein historischer Roman mit der üblichen lehrhaften und langweiligen Historienzeichnung. Dieses Buch ist Leben, glühendes, blühendes Leben.

Der Bauer steht auf. Ueber Fronten und bald über ganz Deutschland werden die Feuerfahnen brennender Schlichter, bernichteter Dörfer. Ein Stand, unterdrückt und ausgebeutet, läßt seinen Verzweiflungsschrei über die deutschen Lande ertönen, und einen Moment lang erbebt Mitteleuropa, sein Schicksal schwant — und um ein kleines hätte die abendländische Geschichte Dime gewonnen, die erst nach Jahrhunderten kommen sollten.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: S. Bana, Berlin. Verlag „Der Reichswart“, Verlagsamt, m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30. Druck: Neudeutsche Verlags- und Verbands-Gesellschaft m. b. H.

Monarchie?

Die Frage, ob sich die deutsche Zukunft besser unter einer monarchischen Führung oder ohne solche entwickeln werde, wird noch auf lange Zeit die Geister beschäftigen. Wer nicht, von blinden Leidenschaften getrieben, ohne ernste Erwägungen sich entscheiden will, wird wünschen, daß vorurteillose Köpfe, gestützt auf tiefe politische, soziale und seelische Einsichten, das für und wider reichlich erwägen und das Ergebnis ihrer Gedanken allen Kreisen zugänglich machen. Zu den Männern, welche berufen erscheinen, in dieser ernstesten Frage ein entscheidendes Wort mizusprechen, gehört unstreitig

Graf E. Reventlow

der Herausgeber des „Reichswart“, ein Mann, der durch seine maßvolle und tiefgründige Behandlung öffentlicher Fragen sich in den weitesten Kreisen der besten Wertschätzung erfreut und selbst die Achtung der Gegner genießt.

Mit gesundem Weitblick hat er die Bedeutung der Frage: ob Monarchie oder nicht! — erkannt und in seiner gemessenen und vornehmen Weise beleuchtet — ohne Uebertreibungen, aber auch ohne falsche Schonung. Nur der ungehemmte Mut der Wahrhaftigkeit kann in dieser entscheidenden Frage den rechten Weg weisen.

Reventlow's Schrift „Monarchie?“

erscheint demnächst im Hammer-Verlag, Leipzig. Bei einem Umfang von etwa 120 Seiten wird der Preis für die gebundene Ausgabe etwa 3.— Mark, für die geheftete Ausgabe etwa 2.— Mark betragen.

Vorausbestellungen nimmt schon jetzt entgegen

die Buchverhandabteilung der Reichswartverlags-Gesellschaft m. b. H. Berlin SW 11, Bernburger Straße 30 (Postfach, Konto: Berlin 88711).

Kulturhistorische Romane

Jeder Band in Halbleinen 2 M., in Ganzleinen 3 M.

- | | |
|---|--------------------|
| David Copperfield | Charles Dickens |
| Der letzte Bombardier | F. W. Hadländer |
| Kienzi | E. L. Bulwer |
| Elijabeth | Marie v. Nathusius |
| Götta Berling | Selma Lagerlöf |
| Niels Lyhne | J. P. Jacobsen |
| Sanin | M. Argjbaschew |
| Das Bildnis des Dorian Gray | Oscar Wilde |
| Die Hofen des Herrn von Bredow | Wilhelm Alexis |
| Auferstehung | Graf Leo Tolstoj |
| Die Kreuzerjagade — Die Kojalen | Graf Leo Tolstoj |
| Nana Sahib | Sir John Ketchiffe |
| Raskolnikow's Schuld und Sühne | Dostojewski |
| Friedemann Bach | H. C. Brachvogel |
| Die letzten Tage von Pompeji | E. L. Bulwer |
| Ellehard | Viktor v. Scheffel |
| Der grüne Heinrich | Gottfried Keller |
| Die letzte Redenburgerin | L. v. Francois |
| Lichtenstein | Wih. Hauff |
| Jugenderinnerungen eines alten Mannes | M. v. Kügelgen |
| Die Leute von Selwynla | Gottfr. Keller |
| Väter und Söhne | Jwan Lurgeniow |
| Anna Karenina | Leo Tolstoj |
| Züricher Novellen | Gottfr. Keller |
| Zwanhoe | Walter Scott |
| Auch Einer | Fr. Theod. Vischer |
| Soll und Haben | Gustav Freytag |
| Die verlorene Handschrift | Gustav Freytag |
| Die Ahnen, Ingo uub Ingraban | Gustav Freytag |
| Die Ahnen, Das Nest der Zaunkönige | Gustav Freytag |
| Die Ahnen, Die Brüder vom deutschen Hause | Gustav Freytag |
| Die Ahnen, Markus König | Gustav Freytag |
| Die Ahnen, Die Schwärze | Gustav Freytag |
| Die Ahnen, Aus einer Klein. Stadt | Gustav Freytag |

Buchverhandabteilung des „Reichswart“ Berlin SW 11, Bernburgerstr. 30 (Postfach, Berlin 88714)

Dresden Weltbekanntes vornehmes Haus

unvergl. herrl. Lage **Hotel Bellevue**

R. RONNEFELD, Vorstand und Leiter

Wichtige Neuerscheinung!

DIE JUDENFRAGE vom Standpunkt der Herrenmoral von Franz Seifer
Rechtspolitische und literarische Weltanschauung. Gebietet 3,00 Mark, Ganzleinen 4,50 Mark
Buchverhand d. Reichswart, Berlin SW 11

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Sieben erscheint
In lebender, neubearbeiteter Auflage:

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände
Über 160 000 Artikel auf 20 000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, fast 800 z. T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Band I, II u. IV kostet je 30 M., Band III 33 M.

Sie beziehen das Werk durch jede gute Buchhandlung und erhalten dort auch kostenfrei ausführliche Ankündigungen